S 49 R 1651/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 49 R 1651/17
Datum	20.02.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 14 R 120/18
Datum	02.07.2021

3. Instanz

Datum	18.10.2023

Auf die Revision des KlÃ¤gers werden das Urteil des Landessozialgerichts NordrheinWestfalen vom 2.Â JuliÂ 2021 und der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts DÃ¼sseldorf vom 20.Â FebruarÂ 2018 geÃ¤ndert. Die Beklagte wird unter teilweiser Aufhebung des Bescheids vom 1.Â AugustÂ 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 14.Â SeptemberÂ 2017 verpflichtet, den Bescheid Ã¼ber die Altersrente vom 4.Â Mai 2009 zu Ã¤ndern und fÃ¼r die HÃ¤lfte der Entgeltpunkte, die bereits Grundlage der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung waren, den fÃ¼r die Altersrente ermittelten Zugangsfaktor von 0,970 sowie fÃ¼r die restlichen Entgeltpunkte den bisherigen Zugangsfaktor von 0,898 zugrunde zu legen. Sie wird verurteilt, die sich daraus ergebende hÃ¶here Altersrente dem KlÃ¤ger rÃ¼ckwirkend ab JanuarÂ 2013 zu zahlen.

Im Ãbrigen wird die Revision zurÃ¼ckgewiesen.

AuÃergerichtliche Kosten sind fÃ¼r alle RechtszÃ¼ge nicht zu erstatten.

Â

G r Ã¼ n d e :

I

1
Im Streit steht im Rahmen eines Ã□berprÃ¼fungsverfahrens die HÃ¶he der Altersrente des KlÃ¤gers. Umstritten ist insbesondere, ob der KlÃ¤ger verlangen kann, dass der seiner Altersrente zugrunde liegende Zugangsfaktor, soweit er aus der vorangegangenen Rente Ã¼bernommen wurde, im Hinblick darauf erhÃ¶ht wird, dass er die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfÃ¤higkeit mit Beginn der Altersrente nicht mehr in Anspruch genommen hat.

2
Der im Dezember 1944 geborene KlÃ¤ger schied Ende Februar 2003 krankheitsbedingt aus seinem letzten BeschÃ¤ftigungsverhÃ¤ltnis aus. Er bezog ab dem 1.3.2003 Arbeitslosengeld und ab dem 1.1.2005 ArbeitslosengeldÂ II. Seinen Antrag vom 30.9.2003 auf Bewilligung einer Rente wegen Erwerbsminderung lehnte der beklagte RentenversicherungstrÃ¤ger zunÃ¤chst ab. Auf einen im Mai 2007 gestellten Antrag bewilligte die Beklagte dem KlÃ¤ger eine Altersrente wegen Arbeitslosigkeit ab dem 1.6.2007. Nachfolgend wurde fÃ¼r den KlÃ¤ger rÃ¼ckwirkend ab Februar 2007 ein Grad der Behinderung von 50 festgestellt. Daraufhin schlossen die Beteiligten im noch anhÃ¤ngigen Berufungsverfahren zum Anspruch auf Erwerbsminderungsrente einen Vergleich. Die Beklagte verpflichtete sich, dem KlÃ¤ger unter Zugrundelegung einer seit dem 30.9.2003 bestehenden BerufsunfÃ¤higkeit eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfÃ¤higkeit und auf der Grundlage eines im Februar 2007 eingetretenen Leistungsfalls eine Altersrente fÃ¼r schwerbehinderte Menschen nach Maã□gabe der gesetzlichen Bestimmungen zu gewÃ¤hren.

3
Die Beklagte bewilligte die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfÃ¤higkeit ab dem 1.10.2003 auf der Grundlage von 43,2145 Entgeltpunkten (EP) und einem Zugangsfaktor von 0,898. Dieser Zugangsfaktor berÃ¼cksichtigte den fÃ¼r den KlÃ¤ger maã□geblichen Verminderungszeitraum (34Â Monate) von MÃ¤rz 2005 bis Dezember 2007 (Bescheid vom 30.4.2009). Die Beklagte gewÃ¤hrte die Altersrente fÃ¼r schwerbehinderte Menschen ab dem 1.3.2007 auf der Grundlage von 42,8303Â EP (Bescheid vom 4.5.2009). Den Zugangsfaktor der Altersrente bestimmte die Beklagte fÃ¼r die HÃ¤lfte derÂ EP, die bereits Grundlage der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfÃ¤higkeit waren (dh fÃ¼r 21,6073Â EP), wie bisher mit 0,898 und fÃ¼r die restlichen 21,2230Â EP wegen der im Zeitraum MÃ¤rz bis Dezember 2007 um 10Â Monate vorzeitigen Inanspruchnahme der Altersrente mit 0,970. Es errechneten sich auf dieser Grundlage fÃ¼r die Altersrente insgesamt 39,9897 persÃ¶nlicheÂ EP (pEP) und damit etwas mehr als noch fÃ¼r die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung (dort 38,8066Â pEP). Die Rechtsbehelfe des KlÃ¤gers gegen die genannten Bescheide, mit denen er ua die Berechnung der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung und die BerÃ¼cksichtigung eines Rentenabschlags bei der Altersrente fÃ¼r schwerbehinderte Menschen beanstandete, blieben Ã¼berwiegend ohne Erfolg (Teilabhilfebescheid vom 1.7.2010, Widerspruchsbescheid vom 20.7.2010, Klageverfahren SÂ 45Â (40)Â R 151/09 im Januar 2012 aufgrund fiktiver

KlagerÃ¼cknahme erledigt).

4
Im MÃ¤rz 2013 erhob der KlÃ¤ger vor dem SG eine UntÃ¤tigkeitsklage gegen die Beklagte. In diesem Verfahren fand am 6.1.2017 ein ErÃ¶rterungstermin statt, in dem der KlÃ¤ger auch seine Einwendungen gegen die Rentenbescheide vom 30.4.2009 und vom 4.5.2009 erneut vortrug. Die Beklagte sah diese AusfÃ¼hrungen als Ãberprüfungsantrag an. Eine Neuberechnung der Altersrente und der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung lehnte sie jedoch ab (Bescheid vom 1.8.2017, Widerspruchsbescheid vom 14.9.2017).

5
Das SG hat die hiergegen gerichtete Klage unter Bezugnahme auf die AusfÃ¼hrungen im Widerspruchsbescheid abgewiesen (Gerichtsbescheid vom 20.2.2018). Das LSG hat nach DurchfÃ¼hrung eines ErÃ¶rterungstermins die Berufung zurÃ¼ckgewiesen (Urteil vom 2.7.2021). Es hat auf den Gerichtsbescheid des SG und den Widerspruchsbescheid Bezug genommen und ergÃ¤nzend nÃ¤her ausgefÃ¼hrt, weshalb der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfÃ¤higkeit zu Recht ein Zugangsfaktor von lediglich 0,898 zugrunde gelegt worden sei. Zum Zugangsfaktor der Altersrente hat sich das Berufungsgericht im Urteil nicht weiter geÃ¤uÃert. Der Senat hat auf die Beschwerde des KlÃ¤gers die Revision gegen das LSGUrteil zugelassen, soweit es die Ãberprüfung der HÃ¶he der ab dem 1.3.2007 bewilligten Altersrente fÃ¼r schwerbehinderte Menschen zum Gegenstand hat (Beschluss vom 8.2.2023 Â BÂ 5Â R 243/21Â B).

6
Der KlÃ¤ger rÃ¼gt mit seiner Revision eine Verletzung von Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI. Die Beklagte habe die Vorschrift zur ErhÃ¶hung des Zugangsfaktors fÃ¼rÂ EP, die Versicherte bei einer Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit mit einem Zugangsfaktor kleiner als 1,0 in einem nÃ¤her bestimmten Zeitraum nicht in Anspruch genommen haben, bei der Berechnung seiner Altersrente zu Unrecht nicht angewandt. Er Â der KlÃ¤gerÂ habe aufgrund des Bescheids vom 30.4.2009 ab dem 1.10.2003 eine frÃ¼here Rente im Sinne dieser Bestimmung bezogen. Er habe diese Rente aber nicht bis zur Vollendung des 63.Â Lebensjahrs im Dezember 2007, sondern lediglich bis Februar 2007 tatsÃ¤chlich erhalten. Damit habe er die Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit im maÃgeblichen Zeitraum fÃ¼r 10Â Monate nicht in Anspruch genommen. Das fÃ¼hre dazu, dass der Zugangsfaktor fÃ¼r den Teil derÂ EP, die bereits Grundlage von pEP der Erwerbsminderungsrente waren, um (10Â x 0,003 =) 0,03 zu erhÃ¶hen sei. Mithin sei fÃ¼r diesen Teil derÂ EP (21,6073) ein Zugangsfaktor von (0,898Â + 0,03 =) 0,928 zur Anwendung zu bringen und der Altersrente insgesamt 40,6379Â pEP statt der bislang von der Beklagten berÃ¼cksichtigten 39,9897Â pEP zugrunde zu legen. Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI sei so zu verstehen, dass eine Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit im Sinne dieser Vorschrift auch dann â nicht in Anspruch genommenâ worden sei, wenn sie aufgrund der Bewilligung einer Altersrente fÃ¼r schwerbehinderte Menschen nicht mehr gezahlt worden ist.

7
Der KlÃ¤ger beantragt,

das Urteil des Landessozialgerichts NordrheinWestfalen vom 2.Â JuliÂ 2021 sowie den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts DÃ¼sseldorf vom 20.Â FebruarÂ 2018 aufzuheben, soweit die Altersrente fÃ¼r schwerbehinderte Menschen betroffen ist, und die Beklagte unter Ã nderung des Bescheids vom 1.Â AugustÂ 2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 14.Â SeptemberÂ 2017 zu verpflichten, den Bescheid Ã¼ber die Altersrente vom 4.Â MaiÂ 2009 zu Ã¤ndern und dabei insbesondere einen um 0,03 erhÃ¶hten Zugangsfaktor fÃ¼r diejenigen Entgeltpunkte anzuwenden, die bereits Grundlage der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung waren, sowie die sich daraus ergebende hÃ¶here Altersrente rÃ¼ckwirkend ab JanuarÂ 2013 zu zahlen.

8
Die Beklagte beantragt,

die Revision des KlÃ¤gers zurÃ¼ckzuweisen.

9
Sie habe die Altersrente des KlÃ¤gers zutreffend berechnet. Bei dem im Dezember 1944 geborenen KlÃ¤ger sei gemÃ¤Ã Â§Â 264c iVm AnlageÂ 23 SGBÂ VI in der ab dem 1.1.2001 bis zum 31.12.2007 geltenden Fassung fÃ¼r die Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung der Verminderungszeitraum vom 1.3.2005 bis zum 31.12.2007 maÃgeblich. DemgemÃ¤Ã sei bei dieser Rente der Zugangsfaktor fÃ¼r 34 Monate um je 0,003 und damit insgesamt um 0,102 auf 0,898 zu vermindern gewesen. Eine Anhebung des geminderten Zugangsfaktors in einer Folgerente nach Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI setze voraus, dass dieÂ EP der Vorrente im maÃgeblichen Verminderungszeitraum nicht oder nicht mehr vorzeitig in Anspruch genommen wÃ¼rden. Zwar habe der KlÃ¤ger dieÂ EP der Erwerbsminderungsrente in der Zeit vom 1.3. bis zum 31.12.2007 nicht mehr in Anspruch genommen. Das sei jedoch fÃ¼r die Berechnung der Altersrente unerheblich, da hierbei stets auf den Zeitpunkt des Beginns der Rente (hier: 1.3.2007) abzustellen sei. Zu diesem Zeitpunkt seien alleÂ EP der Vorrente stets in Anspruch genommen worden. Zudem kÃ¶nne eine Anhebung des Zugangsfaktors nach Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3Â SGBÂ VI nicht erfolgen, wenn die VerminderungszeitrÃ¤ume der beiden Renten identisch seien. Das sei hier der Fall gewesen.

II

10
Die zulÃ¤ssige Revision des KlÃ¤gers ist nur zum Teil begrÃ¼ndet (vgl Â§Â 170 AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGG). Die Beklagte ist verpflichtet, den Bescheid Ã¼ber die Altersrente vom 4.5.2009 zu korrigieren, soweit darin die fÃ¼r diese Rente maÃgeblichen pEP in zu geringer HÃ¶he ermittelt worden sind. Sie hat aber nicht wie vom KlÃ¤ger primÃ¤r gefordertÂ den Zugangsfaktor fÃ¼r diejenigenÂ EP, die bereits Grundlage von pEP der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei

BerufsunfÃ¤higkeit waren, um einen Zuschlag von 0,003 fÃ¼r jeden der 10Â Monate zu erhÃ¶hen, in denen diese Rente von MÃ¤rz bis Dezember 2007 nicht mehr gezahlt worden ist. Das kann der Regelung in Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI, wie die Beklagte zutreffend angenommen hat, nicht entnommen werden, sodass die Revision insoweit zurÃ¼ckzuweisen ist (vgl Â§Â 170 AbsÂ 1 SatzÂ 1Â SGG). Die Beklagte muss jedoch den fÃ¼r die Altersrente ermittelten hÃ¶heren Zugangsfaktor von 0,970 nach der Vorgabe in Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 2Â SGBÂ VI nicht lediglich auf die â restlichenâ 21,2230Â EP, sondern auf die HÃ¤lfte derÂ EP anwenden, die Grundlage der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung waren (mithin auf 21,6073Â EP). Die sich daraus errechnende Â geringfÃ¼gig hÃ¶hereÂ Altersrente hat sie gemÃ¤Ã Â§Â 44 AbsÂ 4 SatzÂ 1 undÂ 3Â SGBÂ X dem KlÃ¤ger rÃ¼ckwirkend ab dem 1.1.2013 zu zahlen.

11
1.Â Die nach Zulassung durch den Senat statthafte Revision (vgl Â§Â 160 AbsÂ 1Â SGG) ist zulÃ¤ssig erhoben. Auch die Anforderungen an eine ordnungsgemÃ¤Ãe RevisionsbegrÃ¼ndung (vgl Â§Â 164 AbsÂ 2 SatzÂ 3Â SGG) sind erfÃ¼llt. Der KlÃ¤ger hat die aus seiner Sicht vom LSG verletzte Rechtsnorm bezeichnet und nÃ¤her begrÃ¼ndet, weshalb dies der Fall sein soll. Eine Auseinandersetzung mit den GrÃ¼nden der angefochtenen Entscheidung war ihm insoweit nicht mÃ¶glich, da die Vorinstanzen zu der von ihm beanstandeten Rechtsverletzung keine AusfÃ¼hrungen gemacht haben.

12
2.Â Gegenstand der revisionsrechtlichen Ãberprüfung ist neben der Berufungsentscheidung und dem darin in Bezug genommenen Gerichtsbescheid des SG (vgl Â§Â 153 AbsÂ 2 SGG) der Ãberprüfungsbescheid der Beklagten vom 1.8.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheids vom 14.9.2017 nur insoweit, als darin eine Korrektur des bindend gewordenen Rentenbescheids vom 4.5.2009 Ã¼ber die Altersrente abgelehnt worden ist. Nur fÃ¼r diesen abtrennbaren Teil des Streitstoffs hat der Senat die Revision zugelassen. Soweit der Widerspruchsbescheid auch eine Korrektur des Bescheids vom 30.4.2009 Ã¼ber die Bewilligung der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfÃ¤higkeit abgelehnt hat, ist die hierzu ergangene Entscheidung des LSG aufgrund der insoweit nicht erfolgten Revisionszulassung rechtskrÃ¤ftig und die Verwaltungsentscheidung damit fÃ¼r die Beteiligten in der Sache bindend geworden (vgl Â§Â 160a AbsÂ 4 SatzÂ 3 iVm Â§Â 77Â SGG).

13
3.Â Der KlÃ¤ger verfolgt sein Begehren auf eine hÃ¶here Altersrente, nachdem der Rentenbescheid vom 4.5.2009 bestandskrÃ¤ftig geworden ist, zutreffend mit einer kombinierten Anfechtungs, Verpflichtungs und Leistungsklage (vgl Â§Â 54 AbsÂ 1 SatzÂ 1 und AbsÂ 4, Â§Â 56 SGG Â sÂ hierzu zB BSG Urteil vom 6.9.2017 Â BÂ 13Â R 33/16Â RÂ SozR 42600 Â§Â 96a NrÂ 17 RdNrÂ 17 mwN). Sie ist zunÃ¤chst auf die Aufhebung der eine Korrektur ablehnenden Verwaltungsentscheidungen, sodann auf die Verpflichtung zur Vornahme der begehrten Korrektur und schlieÃlich auf eine Verurteilung der Beklagten zur Zahlung der danach vorenthaltenen Leistungen im Rahmen eines Grundurteils

gerichtet (vgl Â§Â 130 AbsÂ 1 SatzÂ 1 SGG; sÂ hierzu zB BSG Urteil vom 5.4.2023 Â BÂ 5Â R 36/21Â RÂ juris RdNrÂ 13, zur VerÃ¶ffentlichung in SozRÂ 4 vorgesehen).

14
4.Â Als Rechtsgrundlage fÃ¼r das Ãberprüfungsverlangen des KlÃ¤gers kommt nur Â§Â 44 AbsÂ 1 SatzÂ 1Â SGBÂ X in Betracht. Nach dieser Vorschrift ist ein Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung fÃ¼r die Vergangenheit ua dann zurÃ¼ckzunehmen, wenn sich im Einzelfall ergibt, dass bei seinem Erlass das Recht unrichtig angewandt worden ist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht worden sind. Ob das Recht richtig oder unrichtig angewandt worden ist, beurteilt sich nach der zum Zeitpunkt des Erlasses des zu Ã¼berprÃ¼fenden Verwaltungsakts maÃgeblichen Sach und Rechtslage (vgl BSG Urteil vom 14.11.2002 Â BÂ 13Â RJ 47/01Â RÂ BSGE 90, 136, 138 = SozRÂ 32600 Â§Â 300 NrÂ 18 SÂ 86; BSG Urteil vom 26.2.2020 Â BÂ 5Â R 21/18 RÂ SozRÂ 46555 ArtÂ 25 NrÂ 1 RdNrÂ 16). Bei Rentenbescheiden ist die Besonderheit zu beachten, dass es nach materiellem Recht hinsichtlich des Umfangs der bei der Rentenberechnung zu berÃ¼cksichtigenden pEP (vgl Â§Â 64 NrÂ 1 iVm Â§Â 306 AbsÂ 1Â SGBÂ VI) auf den Zeitpunkt des Beginns der hier mit Bescheid vom 4.5.2009 bewilligten Altersrente fÃ¼r schwerbehinderte Menschen, mithin auf die Sach und Rechtslage am 1.3.2007 ankommt (vgl Â§Â 300 AbsÂ 3Â SGBÂ VI; sÂ auch WeiÃ in BeckOKG , Â§Â 300Â SGBÂ VI RdNrÂ 28, 30, Stand 15.5.2023; zum sog â€Rentenbeginnprinzipâ€ sÂ auch BSG Urteil vom 10.11.2022 Â BÂ 5Â R 29/21Â RÂ juris RdNrÂ 49, zur VerÃ¶ffentlichung in BSGE und SozR 42600 Â§Â 253a NrÂ 1 vorgesehen).

15
a)Â Die Beklagte hat bei Erlass des Bescheids Ã¼ber die Bewilligung der Altersrente fÃ¼r schwerbehinderte Menschen (vgl Â§Â 236aÂ SGBÂ VI) ab MÃ¤rz 2007 anstelle der zuvor gewÃ¤hrten Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfÃ¤higkeit (vgl Â§Â 240Â SGBÂ VI) zu Recht keine ErhÃ¶hung des Zugangsfaktors fÃ¼r nicht in Anspruch genommeneÂ EP aus der Erwerbsminderungsrente berÃ¼cksichtigt. Die Forderung des KlÃ¤gers, fÃ¼r die zehnÂ Monate von MÃ¤rz bis DezemberÂ 2007, in denen nach Bewilligung der Altersrente die zuvor geleistete Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung nicht mehr gezahlt wurde (vgl Â§Â 89 AbsÂ 1 SatzÂ 1 undÂ 3Â SGBÂ VI), den insoweit auch fÃ¼r die Folgerente heranzuziehenden Zugangsfaktor von 0,898 um (10Â x 0,003Â =) 0,03 auf 0,928 anzuheben, findet im maÃgeblichen Recht keine Grundlage.

16
aa)Â Nach Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 1Â SGBÂ VI (in der ab dem 1.1.2001 bis zum 31.12.2007 geltenden Fassung von ArtÂ 1 NrÂ 22 des Gesetzes zur Reform der Renten wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit vom 20.12.2000, BGBlÂ I 1827) bleibt fÃ¼r diejenigenÂ EP, die bereits Grundlage von pEP einer frÃ¼heren Rente waren, der frÃ¼here Zugangsfaktor maÃgebend. Das gilt nach Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 2Â SGBÂ VI aber nicht fÃ¼r die HÃ¤lfte derÂ EP, die Grundlage einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung waren. Soweit jedoch nach SatzÂ 1 (aaO) der

frÃ¼here Zugangsfaktor fÃ¼r die Folgerente maÃgebend bleibt, ordnet Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3Â SGBÂ VI fÃ¼r die in NrÂ 1 bis 3 nÃ¤her beschriebenen Konstellationen eine ErhÃ¶hung dieses (fortgeltenden) Zugangsfaktors an.

17
Hier kommt allein die Regelung in Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI in Betracht. Danach ist fÃ¼rÂ EP, die Versicherte bei einer Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit mit einem Zugangsfaktor kleiner als 1,0 nach Ablauf des Kalendermonats der Vollendung des 60.Â Lebensjahres bis zum Ende des Kalendermonats des 63.Â Lebensjahres nicht in Anspruch genommen haben, der Zugangsfaktor um 0,003 je Kalendermonat zu erhÃ¶hen. Der in Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI bezeichnete Zeitraum Â Vollendung desÂ 60. bis 63.Â Lebensjahres ist identisch mit dem Zeitraum, der nach Â§Â 77 AbsÂ 2 SatzÂ 1 NrÂ 3, SatzÂ 3 SGBÂ VI (idF des RRErwbG) bei Erwerbsminderungsrenten fÃ¼r die Verminderung des Zugangsfaktors (sog Rentenabschlag) maÃgebend ist. ErgÃ¤nzend ist die Ãbergangsvorschrift in Â§Â 264cÂ SGBÂ VI (idF von ArtÂ 1 NrÂ 48Â RRErwbG, in Kraft ab dem 1.1.2001 und gÃ¼ltig bis zum 31.12.2007) zu beachten. Sie bestimmt, dass bei Beginn einer Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit vor dem 1.1.2004 fÃ¼r die Ermittlung des Zugangsfaktors an die Stelle der Vollendung des 60.Â Lebensjahres die Vollendung des in AnlageÂ 23 zum SGBÂ VI (idF von ArtÂ 1 NrÂ 62Â RRErwbG) aufgefÃ¼hrten Lebensjahres tritt. Nach der zuletzt genannten Regelung lief der sog â€Verminderungszeitraumâ€, der bei Bewilligung der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung fÃ¼r den im DezemberÂ 1944 geborenen KlÃ¤ger zu berÃ¼cksichtigen war, vom Ablauf des Kalendermonats der Vollendung des 60.Â Lebensjahres und zwei Monaten bis zum Ende des Kalendermonats der Vollendung des 63.Â Lebensjahres, also von MÃ¤rz 2005 bis Dezember 2007. Hiernach wÃ¤re fÃ¼rÂ EP, die bereits Grundlage von pEP der vom KlÃ¤ger zunÃ¤chst bezogenen Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit waren, die er jedoch im Zeitraum von MÃ¤rz 2005 bis Dezember 2007 nicht in Anspruch genommen hat, der in die Folgerente zu Ã¼bernehmende Zugangsfaktor fÃ¼r dieseÂ EP um 0,003 fÃ¼r jeden Kalendermonat der Nichtinanspruchnahme zu erhÃ¶hen.

18
bb)Â Die Beklagte ist zu Recht davon ausgegangen, dass hinsichtlich derÂ EP, die bereits Grundlage fÃ¼r pEP der dem KlÃ¤ger gewÃ¤hrten Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung waren, die Voraussetzungen, unter denen Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2 SGBÂ VI eine ErhÃ¶hung des grundsÃ¤tzlich weiterhin maÃgebenden Zugangsfaktors im Rahmen der Folgerente anordnet, hier nicht erfÃ¼llt sind. Da dem KlÃ¤ger aus diesenÂ EP durchgehend Rentenleistungen gezahlt worden sind, ist es ausgeschlossen, sie als im Verminderungszeitraum â€nicht in Anspruch genommenâ€ zu behandeln. Das ergibt sich zwar nicht zwingend aus dem Wortlaut der Vorschrift, folgt aber aus dem systematischen Zusammenhang der Regelung und wird bestÃ¤tigt durch ihren Sinn und Zweck. Den besonderen Umstand, dass die Rente, die der KlÃ¤ger erhalten hat, nur eine wegen teilweiser Erwerbsminderung gewesen ist und damit die zugrunde liegendenÂ EP von ihm wirtschaftlich â€nur zur HÃ¤lfte in Anspruch genommenâ€ worden sind, berÃ¼cksichtigt das Gesetz rechtstechnisch auf andere Weise. Es macht insoweit

Â fÃ¼r die HÃ¤lfte derÂ EPÂ eine Ausnahme von der Perpetuierung des Zugangsfaktors und ordnet an, dass ein neuer Zugangsfaktor nach den VerhÃ¤ltnissen bei Beginn der Folgerente zu ermitteln ist (vgl Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 2 iVm AbsÂ 2 SatzÂ 1 SGBÂ VI, sÂ dazu nÃ¤her unter RdNrÂ 28).

19
(1)Â Der Wortlaut der Vorschrift â€žEntgeltpunkte, (â€¦) die Versicherte bei (â€¦) 2.Â einer Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit mit einem Zugangsfaktor kleiner als 1,0 nach Ablauf des Kalendermonats (â€¦) bis zum Ende des Kalendermonats (â€¦) nicht in Anspruch genommen habenâ€œ gibt keine eindeutigen Hinweise darauf, unter welchen VoraussetzungenÂ EP als â€žnicht in Anspruch genommenâ€œ anzusehen sind (zur Ã¤hnlichen Problematik, wannÂ EP bei Altersrenten gemÃ¤Ã Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 1 SGBÂ VI â€žnicht mehr vorzeitig in Anspruch genommenâ€œ wurden, vgl BSG Urteil vom 13.12.2017 Â BÂ 13Â R 13/17Â RÂ BSGE 125, 46 = SozR 42600 Â§Â 77 NrÂ 11, RdNrÂ 24).

20
Die Regelung wird angesichts ihres komplexen Inhalts und ihrer verwaltungstechnischen Sprache nachvollziehbar als â€žfÃ¼r einen rentenversicherungsrechtlichen Laien ohne erlÃ¤uternde Hilfe regelmÃ¤Ãig unverstÃ¤ndlichâ€œ bezeichnet (vgl BlÃ¼ggel in jurisPKSGBÂ VI, 3.Â Aufl 2021, Â§Â 77 RdNrÂ 44). Allerdings besteht auch bei den in der Literatur gegebenen ErlÃ¤uterungen keine Einigkeit darÃ¼ber, wannÂ EP nicht in Anspruch genommen worden sind. Einige Autoren halten Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI fÃ¼r anwendbar, wenn Â wie im Fall des KlÃ¤gersÂ eine Erwerbsminderungsrente vor dem Ende des fÃ¼r sie maÃgeblichen Verminderungszeitraums wegfÃ¤llt und ihr eine Altersrente fÃ¼r schwerbehinderte Menschen ohne oder mit geringerem Abschlag folgt. Dann sei bis zu dem maÃgebenden Lebensjahr â€ždie Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeitâ€œ nicht in Anspruch genommen worden (vgl vonÂ Koch in Kreikebohm/RoÃbach, SGBÂ VI, 6.Â Aufl 2021, Â§Â 77 RdNrÂ 27; in diesem Sinne auch Wegener/Horstmann in Ruland/DÃ¼nn, GKSGBÂ VI, Â§Â 77 RdNrÂ 108Â ff, 112, Stand Mai 2021; BÃ¶ttcher in LÃ¶schau, Gesetzliche Rentenversicherung , Â§Â 77 RdNrÂ 101, StandÂ JanuarÂ 2021; sÂ auch Fasshauer/Reimann/Rische/Ruland, KomGRV, Â§Â 77Â SGBÂ VI Anm 4.4 und 4.4.2 , Stand Oktober 2007; Stahl in Hauck/Noftz, Â§Â 77Â SGBÂ VI RdNrÂ 60, Stand Februar 2022; Scharf in Keck/Michaelis, DieÂ Rentenversicherung im SGB, Â§Â 77 RdNrÂ 18, Stand OktoberÂ 2021). Andere stellen hingegen darauf ab, ob im Verminderungszeitraum trotz eines zuvor bestehenden Rechts auf Rente â€žkeine monatlichen Geldleistungenâ€œ aus diesem Recht bezogen worden sind (zB wegen Wiederherstellung der ErwerbsfÃ¤higkeit oder nach Anrechnung von Hinzuverdienst; vgl BlÃ¼ggel in jurisPKSGBÂ VI, 3.Â Aufl 2021, Â§Â 77 RdNrÂ 52; ebenso ZiffÂ 7.2, 7.3 und 7.6 der â€žGrundsÃ¤tze der RentenversicherungstrÃ¤ger zur Anwendung des Â§Â 77Â SGBÂ VIâ€œ, abgedruckt bei Fasshauer/Reimann/Rische/Ruland, KomGRV, Â§Â 77 AnmÂ 1.7, Stand Oktober 2007). Vertreten wird aber auch die Ansicht, es komme auf einen Vergleich der jeweiligen VerminderungszeitrÃ¤ume der Vorrente und der Folgerente an. Eine ErhÃ¶hung des bisherigen Zugangsfaktors ergebe sich nur dann, wenn der Verminderungszeitraum fÃ¼r den Zugangsfaktor der Altersrente kÃ¼rzer sei als der

Verminderungszeitraum fÃ¼r den Zugangsfaktor der vorangegangenen Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit (so Zweng/Scheerer/Buschmann/DÃ¶rr, Handbuch der Rentenversicherung, TeilÂ II, Â Â§Â 77Â SGBÂ VI RdNrÂ 53a, Stand Juni 2020).

21
Unklar sind die verwaltungsinternen Arbeitsanweisungen der DRV Bund. Sie bekrÃ¤ftigen einerseits, eine ErhÃ¶hung des bisherigen Zugangsfaktors setze voraus, dassÂ EP wÃ¤hrend des fÃ¼r sie maÃ□gebenden Verminderungszeitraums â□□nicht mehr beziehungsweise nach Erreichen der Regelaltersgrenze nicht in Anspruch genommen werdenâ□□ (vgl DRV Bund, Gemeinsame Rechtliche Anweisungen zu Â§Â 77Â SGBÂ VI, ZiffÂ 5.2 AbsÂ 1, verÃ¶ffentlicht unter www.rvrecht.deutscherentenversicherung.de). Andererseits fÃ¼hren sie aus, beim Wechsel von einer Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit in eine Altersrente, der wÃ¤hrend des Verminderungszeitraums fÃ¼r den Zugangsfaktor der Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit erfolge, komme eine ErhÃ¶hung des Zugangsfaktors â□□in Betrachtâ□□, wenn der Verminderungszeitraum fÃ¼r den Zugangsfaktor der Altersrente kÃ¼rzer sei als derjenige fÃ¼r den Zugangsfaktor der Erwerbsminderungsrente. In einer solchen Konstellation sei der bisherige Zugangsfaktor um das 0,003fache â□□der Differenzmonate zwischen den noch nicht in Anspruch genommenen Kalendermonaten des Verminderungszeitraums der Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit und den Kalendermonaten des Verminderungszeitraums der Altersrente anzuhebenâ□□ (vgl GRA zu Â§Â 77Â SGBÂ VI, ZiffÂ 5.2 AbsÂ 13 NrÂ 2 undÂ 3 sowie BeispieleÂ 18 undÂ 21, Stand 6.12.2022; ebenso GRA zu Â§Â 264dÂ SGBÂ VI, Ziff 3.3 AbsÂ 3 sowie BeispielÂ 13, Stand 11.11.2015).

22
Der Wortlaut von Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI verlangt jedoch nicht, dass eine â□□Erwerbsminderungsrente nicht mehr vorzeitigâ□□ in Anspruch genommen wird. Ebenso wenig nimmt die Norm auf eine unterschiedliche Dauer der VerminderungszeitrÃ¤ume der aufeinanderfolgenden Renten Bezug. Die Vorschrift knÃ¼pft den Vorteil einer ErhÃ¶hung des Zugangsfaktors je Kalendermonat um 0,003 vielmehr allein an den Umstand, dass Versicherte â□□Entgeltpunkte nicht in Anspruch genommen habenâ□□, und zwar im Fall einer vorangegangenen Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit innerhalb des in NrÂ 2 definierten Zeitraums (dem â□□Verminderungszeitraumâ□□ der Erwerbsminderungsrente). Mithin wird dem Wortlaut der Norm am besten eine Interpretation gerecht, die darauf abstellt, dass in dem definierten Zeitraum die betreffendenÂ EP Ã¼berhaupt nicht in Anspruch genommen sein dÃ¼rfen, dh auch nicht bei der Folgerente. Dass dieÂ EP in diesem Zeitraum nur im Rahmen einer bestimmten Rentenart nicht mehr in Anspruch genommen sein dÃ¼rfen (dh fÃ¼r eine Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit), kommt im Normtext nicht zum Ausdruck.

23
(2)Â Aus der Entstehungsgeschichte der Vorschrift lassen sich keine Argumente in die eine oder andere Richtung gewinnen. Â§Â 77 AbsÂ 3Â SGBÂ VI war im Kern bereits in der ab dem 1.1.1992 geltenden Fassung des RRG 1992 (BGBlÂ I 1989,

2261) enthalten. Die Vorschrift bezog sich damals jedoch nur auf vorzeitig in Anspruch genommene Altersrenten. Ein gekÃ¼rzter Zugangsfaktor der Altersrente sollte danach â□□zugunsten von Versicherten bzw. ihren Hinterbliebenen verÃ¤ndert werden, wenn vor dem 65.Â Lebensjahr Berufs oder ErwerbsunfÃ¤higkeit bzw. der Tod eintrittâ□□ (vgl Gesetzentwurf zum RRG 1992, BTDrucks 11/4124 SÂ 172 Â zu Â§Â 76). Die hier relevante Frage stellte sich damals nicht, weil bei Erwerbsminderungsrenten noch kein verminderter Zugangsfaktor vorgesehen war. Die AbschlÃ¤ge bei Erwerbsminderungsrenten wurden erst zum 1.1.2001 durch das RRErwbG (vom 20.12.2000, BGBlÂ I 1827) eingefÃ¼hrt. Dabei wurde auch der bisherige Â§Â 77 AbsÂ 3Â SGBÂ VI um die Regelungen in SatzÂ 2 und SatzÂ 3 NrÂ 2 ergÃ¤nzt. Die GesetzesbegrÃ¼ndung Ã¤uÃ□erte sich nur allgemein zum Zweck der AbschlÃ¤ge bei Erwerbsminderungsrenten. Mit ihnen sollte die HÃ¶he der Renten wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit an die HÃ¶he der vorzeitig in Anspruch genommenen Altersrenten angeglichen und Ausweichreaktionen von den Altersrenten in die Renten wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit entgegengewirkt werden (vgl BTDrucks 14/4230 SÂ 26). Unter welchen Voraussetzungen der Zugangsfaktor einer Erwerbsminderungsrente in einer nachfolgenden Altersrente erhÃ¶ht werden soll, wurde in der GesetzesbegrÃ¼ndung nicht nÃ¤her erlÃ¤utert. Der Ausschuss fÃ¼r Arbeit und Soziales diskutierte den Vorschlag des Gesetzentwurfs nicht weiter und Ã¼bernahm ihn insoweit unverÃ¤ndert (vgl BTDrucks 14/4630 SÂ 10, 43Â ff).

24
(3)Â Der Regelungszusammenhang, in dem die Vorschrift zur ErhÃ¶hung des Zugangsfaktors im Fall einer Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit steht, spricht jedoch fÃ¼r eine Auslegung in dem Sinne, dass eine ErhÃ¶hung nur in Betracht kommt, wennÂ EP in dem definierten Zeitraum Ã¼berhaupt nicht fÃ¼r eine Rentenzahlung in Anspruch genommen werden. Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 1Â SGBÂ VI ordnet als Grundsatz an, dass fÃ¼rÂ EP, die bereits Grundlage von pEP einer frÃ¼heren Rente waren, der frÃ¼here Zugangsfaktor auch fÃ¼r die Folgerente maÃ□gebend bleibt. Dementsprechend wird fÃ¼r eine Folgerente ein eigenstÃ¤ndiger (neuer) Zugangsfaktor nur hinsichtlich derjenigenÂ EP ermittelt, die â□□noch nicht Grundlage von persÃ¶nlichen Entgeltpunkten einer Renteâ□□ waren (vgl Â§Â 77 AbsÂ 2 SatzÂ 1Â SGBÂ VI). Die damit gesetzlich geregelte Perpetuierung des Zugangsfaktors in Bezug aufÂ EP, die bereits fÃ¼r Rentenzahlungen in Anspruch genommen (â□□verbrauchtâ□□) wurden, fÃ¼r die gesamte Rentenlaufzeit entspricht der Funktion des Zugangsfaktors, die Vorteile und Nachteile einer unterschiedlichen Rentenbezugsdauer auszugleichen (vgl Â§Â 63 AbsÂ 5 SGBÂ VI und hierzu BTDrucks 11/4124 S 144 unter VII: â□□Die durch das Vorziehen bedingte lÃ¤ngere Rentenlaufzeit soll durch einen Zugangsfaktor ausgeglichen werden, so daÃ□ aus einem vorzeitigen Rentenbezug im Vergleich zu anderen kein Vorteil mehr entstehtâ□□). Unter BerÃ¼cksichtigung der vom Gesetzgeber gewollten Dauerwirkung des Ã¼ber den Zugangsfaktor gesteuerten Abschlags aus der Vorrente auch bei Folgerenten (s dazu auch BSG Urteil vom 19.10.2011Â Â BÂ 13Â RÂ 9/11Â RÂ SozRÂ 42600 Â§Â 77 NrÂ 10 RdNrÂ 24Â f; BSG Urteil vom 11.12.2019 Â BÂ 13Â R 7/19Â RÂ SozRÂ 42600 Â§Â 77 NrÂ 12 RdNrÂ 22, 25) bleibenÂ EP, die durch Zahlung einer Rente wegen Erwerbsminderung bereits in Anspruch genommen wurden, auch dann noch finanzwirksam â□□inÂ Gebrauchâ□□,

wenn sie bei einer Umwandlung in eine Altersrente nahtlos weiterhin Grundlage fÃ¼r fortlaufende monatliche Rentenleistungen sind. Davon, dass dieseÂ EP â€žnicht in Anspruch genommenâ€œ werden, kann in solchen Fallgestaltungen regelmÃ¤Ãig nicht gesprochen werden (zu den Besonderheiten beim Bezug einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung vgl Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 2Â SGBÂ VI und hierzu sogleich unter RdNrÂ 28).

25
(4)Â Auch nach dem Sinn und Zweck der Regelung kommt eine ErhÃ¶hung des Zugangsfaktors nach Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI nur in Betracht, wenn die betreffenden Â EP in einzelnen Monaten des dort nÃ¤her bezeichneten â€žVerminderungszeitraumsâ€œ Ã¼berhaupt nicht in Anspruch genommen wurden, mithin zu keinerlei Rentenzahlungen gefÃ¼hrt haben. Im Lichte des von der Regelung zum Zugangsfaktor intendierten Vorteilsausgleichs ist es nur geboten, den fÃ¼r weitere Rentenzahlungen grundsÃ¤tzlich unverÃ¤nderlichen Zugangsfaktor im Umfang von tatsÃ¤chlich leistungsfrei gebliebenen Monaten kompensatorisch um 0,003 je Kalendermonat zu erhÃ¶hen (vgl BlÃ¼ggel in jurisPKSGBÂ VI, 3.Â Aufl 2021, Â§Â 77 RdNrÂ 42, 47). Wenn jedoch Â wie im Fall des KlÃ¤gersÂ im gesamten â€žVerminderungszeitraumâ€œ der Rente wegen Erwerbsminderung (MÃ¤rzÂ 2005 bis Dezember 2007) auf der Grundlage der ihr zugrunde liegendenÂ EP eine Rentenleistung gezahlt wird, fehlt fÃ¼r eine Kompensation in Gestalt einer ErhÃ¶hung des fortgeltenden Zugangsfaktors in der Folgerente jede Rechtfertigung.

26
Das verdeutlicht auch folgende Ãberlegung: Das durchschnittliche Zugangsalter in eine Erwerbsminderungsrente betrug im Jahr 2021 53,6Â Jahre (vgl DRV Bund, Rentenversicherung in Zeitreihen 2022, SÂ 131). Der â€žVerminderungszeitraumâ€œ fÃ¼r eine solche Rente ist mittlerweile in Â§Â 77 AbsÂ 2 SatzÂ 1 NrÂ 3 und SatzÂ 3 SGBÂ VI (idF des RVAltersgrenzenanpassungsgesetzes vom 20.4.2007, BGBlÂ IÂ 554) auf den Zeitraum nach Vollendung des 62.Â bis zur Vollendung des 65.Â Lebensjahres festgelegt. Ein durchschnittlicher Versicherter, der ab dem Alter von 54Â Jahren eine Rente wegen voller Erwerbsminderung bezieht und dabei die von ihm in seinem Versicherungsleben erworbenenÂ EP nur mit einem Abschlag in HÃ¶he von 10,8Â % (Zugangsfaktor 0,82) in Anspruch nehmen kann, wird an diesem Abschlag dauerhaft festgehalten, wenn er nach Erreichen der Regelaltersgrenze (vgl Â§Â 43 AbsÂ 2 SatzÂ 1Â SGBÂ VI) in die Altersrente wechselt und diese bis zum Lebensende bezieht. Kann ein Versicherter, der in demselben Lebensalter und mit identischem Umfang an erworbenenÂ EP eine Rente wegen Erwerbsminderung erhÃ¤lt, noch vor Vollendung des 65.Â Lebensjahres eine Altersrente vorzeitig und mit geringerem Abschlag in Anspruch nehmen (zB nach Â§Â 37 iVm Â§Â 236aÂ SGBÂ VI: Altersrente fÃ¼r schwerbehinderte Menschen), wÃ¼rde sich bei ihm die Altersrente erhÃ¶hen, wenn im Rahmen des Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI darauf abgestellt wÃ¼rde, dass gerade die Erwerbsminderungsrente von ihm nicht (mehr) in Anspruch genommen wird. Eine tragfÃ¤hige Rechtfertigung dafÃ¼r ist auch mit RÃ¼cksicht auf das Gleichbehandlungsgebot (vgl ArtÂ 3 AbsÂ 1 GG) nicht ersichtlich. Anhaltspunkte

dafÃ¼r, dass der Gesetzgeber mit der Regelung in Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI bewusst GestaltungsmÃ¶glichkeiten der Versicherten zur Optimierung ihrer Altersrente nach nahtlos vorangegangener Erwerbsminderungsrente schaffen wollte, finden sich in den Materialien zum Gesetzgebungsverfahren nicht.

27
b)Â Der Bescheid vom 4.5.2009 hat jedoch iS von Â§Â 44 AbsÂ 1 SatzÂ 1Â SGBÂ X das Recht unrichtig angewandt, soweit dort bei der Berechnung der Altersrente der Zugangsfaktor der bisherigen Rente von 0,898 fÃ¼r die HÃ¤lfte der EP, die Grundlage der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei BerufsunfÃ¤higkeit waren, als weiterhin maÃgeblich erachtet wurde. Diese Vorgehensweise ist jedenfalls in der hier vorliegenden Konstellation, die dadurch gekennzeichnet ist, dass sich fÃ¼r die Altersrente nach den bei Rentenbeginn anzuwendenden Regelungen eine geringere Summe anÂ EP ergibt als zuvor bei der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung, mit der Vorgabe in Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 2Â SGBÂ VI nicht vereinbar.

28
aa)Â Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 1Â SGBÂ VI ordnet als Grundsatz die Fortgeltung des frÃ¼heren Zugangsfaktors fÃ¼r alleÂ EP an, die bereits Grundlage von pEP einer frÃ¼heren Rente waren. Eine Ausnahme hiervon macht Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 2Â SGBÂ VI fÃ¼r die HÃ¤lfte derÂ EP, die Grundlage einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung waren. Das soll dem Umstand Rechnung tragen, dass fÃ¼r diese Rente nicht Â wie bei einer Altersrente oder einer Rente wegen voller ErwerbsminderungÂ der Rentenartfaktor 1,0, sondern lediglich ein Rentenartfaktor von 0,5 gilt (vgl Â§Â 67 NrÂ 2Â SGBÂ VI). Damit werden im Sonderfall einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung die dieser Rente zugrunde liegendenÂ EP durch die Rentenzahlung nur zur HÃ¤lfte â□□rentenwirksamâ□□ in Anspruch genommen (vgl auch Â§Â 66 AbsÂ 4Â SGBÂ VI fÃ¼r eine aufgrund von Hinzuverdienst nur teilweise zu leistende Rente wegen verminderter ErwerbsfÃ¤higkeit). Im Rahmen der Ausgestaltung des mit dem Zugangsfaktor bezweckten Vorteilsausgleichs wird dieser Umstand insoweit nicht durch eine ErhÃ¶hung des fortgeltenden Zugangsfaktors (wie nach Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 3 NrÂ 2Â SGBÂ VI fÃ¼r die Monate der Nichtinanspruchnahme im Verminderungszeitraum), sondern vielmehr dadurch berÃ¼cksichtigt, dass Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 2Â SGBÂ VI â□□die HÃ¤lfte der Entgeltpunkte, die Grundlage einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung warenâ□□, von der Perpetuierung des fÃ¼r diese Rente maÃgeblichen Zugangsfaktors nach SatzÂ 1 ausnimmt (â□□Dies gilt nicht fÃ¼r die HÃ¤lfte â□¦â□□). Das Gesetz beschreibt klar, eindeutig und keiner einschrÃ¤nkenden Auslegung zugÃ¤nglich, in welchem UmfangÂ EP, die fÃ¼r eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung in Anspruch genommen wurden, von der Fortgeltung des Zugangsfaktors dieser Rente auch bei einer Folgerente freigestellt werden, sodass fÃ¼r sie ein neuer Zugangsfaktor nach den fÃ¼r die neue Rente maÃgeblichen Regelungen zu bestimmen ist (vgl Â§Â 77 AbsÂ 2Â SGBÂ VI; ebenso BÃ¶ttcher in LÃ¶schau, Gesetzliche Rentenversicherung , Â§Â 77 RdNrÂ 85, Stand Januar 2021). Dies ist vor allem von praktischer Relevanz in Fallgestaltungen, bei denen sich fÃ¼r die Folgerente eine niedrigere Summe anÂ EP ergibt als sie noch fÃ¼r die Rente

wegen teilweiser Erwerbsminderung ermittelt wurde. Solche Fallgestaltungen sind mÃ¶glich, da der in Â§Â 88 AbsÂ 1 SatzÂ 2Â SGBÂ VI angeordnete â□□Besitzschutzâ□□ nur die pEP der Vorrente (dh nach Anwendung des Zugangsfaktors) garantiert.

29
bb)Â Die Beklagte hat das in Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 2Â SGBÂ VI normierte Recht unrichtig angewandt, weil sie bei der Berechnung der Altersrente des KlÃ¤gers nicht Â wie vorgeschriebenÂ die HÃ¤lfte derÂ EP seiner Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung von der Perpetuierung des frÃ¼heren Zugangsfaktors freigestellt und hierfÃ¼r den Zugangsfaktor der Folgerente zur Anwendung gebracht hat, sondern Â umgekehrtÂ die HÃ¤lfte derÂ EP, die bereits der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung zugrunde lagen, weiterhin mit dem frÃ¼heren (niedrigeren) Zugangsfaktor in die Ermittlung der pEP der Altersrente eingestellt hat. Im Ergebnis ist sie so vorgegangen, als ob Â§Â 77 AbsÂ 3 SatzÂ 2Â SGBÂ VI â□□nur fÃ¼r die HÃ¤lfteâ□□ derÂ EP, die Grundlage einer Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung waren, die Anwendung des in SatzÂ 1 (aaO) normierten Grundsatzes anordnen wÃ¼rde (vgl Ziff 5.1 der GRA der DRV Bund zu Â§Â 77Â SGBÂ VI: â□□Somit wird der bisherige Zugangsfaktor in der Nachfolgerente nur fÃ¼r die HÃ¤lfte der Summe aller Entgeltpunkte der Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung Ã¼bernommenâ□□ Â sÂ dazu auch BeispielÂ 18). Das entspricht jedoch Â wie bereits ausgefÃ¼hrtÂ nicht der gesetzlichen Regelung. Als Folge davon hat die Beklagte hier nur fÃ¼r den kleineren (â□□restlichenâ□□) Teil der in die Rentenberechnung einzustellendenÂ EP den hÃ¶heren Zugangsfaktor der Altersrente fÃ¼r schwerbehinderte Menschen zur Anwendung gebracht. Dies hat im Ergebnis zur BerÃ¼cksichtigung einer etwas zu geringen Summe an pEP in der Rentenformel bei der Ermittlung des Monatsbetrags der dem KlÃ¤ger ab dem 1.3.2007 zustehenden Altersrente gefÃ¼hrt (vgl Â§Â 64 NrÂ 1Â SGBÂ VI).

30
cc)Â Die Beklagte ist verpflichtet, den Altersrentenbescheid vom 4.5.2009 hinsichtlich der berÃ¼cksichtigten pEP mit Wirkung fÃ¼r die Vergangenheit entsprechend zu korrigieren. Eine Nachzahlung des Differenzbetrags zwischen der dem KlÃ¤ger tatsÃ¤chlich gezahlten und der ihm zustehenden hÃ¶heren Altersrente fÃ¼r die Vergangenheit kann gemÃ¤Ã Â§Â 44 AbsÂ 4 SatzÂ 1 undÂ 3Â SGBÂ X allerdings nur fÃ¼r die Zeit ab Januar 2013 erfolgen. Der KlÃ¤ger hat den Ã□berprÃ¼fungsantrag, der dem hier streitbefangenen Zugunstenverfahren zugrunde liegt, am 6.1.2017 gestellt. Der maximal vierjÃ¤hrige Zeitraum fÃ¼r die rÃ¼ckwirkende Erbringung zu Unrecht vorenthaltener Sozialleistungen beginnt damit am 1.1.2017 und reicht bis Januar 2013 zurÃ¼ck.

31
5.Â Die Kostenentscheidung beruht auf Â§Â 183 SatzÂ 1 iVm Â§Â 193 AbsÂ 1 undÂ 4Â SGG und berÃ¼cksichtigt, dass der KlÃ¤ger mit seinem Begehren wirtschaftlich nur zu einem so geringen Teil Erfolg gehabt hat, dass eine Quotierung der ihm entstandenen Kosten nicht gerechtfertigt ist.

Erstellt am: 11.01.2024

Zuletzt verändert am: 21.12.2024